

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Abgabe. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanordnungen sind zu richten an: Wilsdruff, Postamt Nr. 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.



Einzelnummern 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. einschließlich Abgabe. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanordnungen sind zu richten an: Wilsdruff, Postamt Nr. 10.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 17. — 86. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Wilsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag den 21. Januar 1927

Regelung der Gewerbesteuer.

Eine Umfrage.

Die Regelung der Gewerbesteuer steht zurzeit im Mittelpunkt der Verhandlungen des eben wieder eröffneten Preussischen Landtages. Da eine große Anzahl von Anträgen zu dem auch außerhalb der preussischen Grenzen lebhaft beachteten Gegenstand vorliegt, ist ein Unterandrusch eingeschlagen worden, der in Gemeinschaft mit dem Finanzminister berät. Unser parlamentarischer Mitarbeiter hat sich bei Mitgliedern der einzelnen Fraktionen über die Ausichten der noch nicht geklärten Regelungsmöglichkeiten erkundigt und folgende Auskünfte erhalten:

Für die Deutschnationale Volkspartei erklärt deren Mitglied Jatzobshagen: „Wir wollen erreichen, daß der Gewerbesteuertrag dem Begriff des gewerblichen Reineinkommens angeglichen wird, d. h., daß die jetzige Hinzurechnung der Mieten, Pacht- und Schuldzinsen nicht mehr erfolgen darf. Ferner erstreben wir, daß bei der gewerblichen Kapitalsteuer auch nur zugrunde gelegt wird das gewerbliche Vermögen im Sinne des Gewerbesteuergesetzes abzüglich der der Grundvermögenssteuer unterliegenden Summe. Weiter will unsere Partei erreichen, daß die Gemeinden genötigt werden — wenn das Gewerbesteuermaß eines Jahres höher ist als das Gewerbesteuermaß des Vorjahres — den Überschuss zur Erleichterung der Lasten der Gewerbesteuerpflichtigen zu verwenden. Weiter treten wir für eine geringere Heranziehung solcher Gewerbesteuerpflichtigen ein, die ein niedriges Einkommen haben, in der Form, daß die Steuerhöhe für die ersten 1200 Mark des gewerblichen Einkommens ermäßigt werden. Endlich haben wir verlangt, daß der von den Kaufmännern verteilte Kundengewinn voll zur Gewerbesteuer herangezogen wird. Augenblicklich wird er nur bei mehr als 5 % der Vergütung verrechnet. Bei Filialbetrieben sollen nach unserem Wunsche die 10 %, die der Stammgemeinde bis jetzt zufallen, der Gemeinde zugewiesen werden, in der die Filiale ihren Sitz hat.“

Das Mitglied des Zentrums, Abg. Hind, stellt fest, daß auch jetzt noch keine endgültige Regelung der Gewerbesteuer erfolgt. Als wesentlicher Faktor sollen nach dem Zentrumswunsch Miete, Pacht und Zinsen aus dem Ertrage auscheiden. Nach der sozialen Seite hin wünschen wir, sagte Abg. Hind, eine Staffelung, so daß der Kleinbetrieb nicht mehr dieselben Sätze der gemeindlichen Zuschläge zu leisten hat wie der Großbetrieb. Bei der endgültigen Regelung werden wir den Hauptwert darauf legen, daß eine Begrenzung der örtlichen Zuschläge festgelegt und daß eine Bemessungsgrundlage geschaffen wird, nach der sich die Gemeinden richten müssen, und höhere Zuschläge auch von der übergeordneten Verwaltungsbehörde nicht mehr genehmigt werden können.

Abgeordneter Müller-Franken, Wirtschaftspartei, führt aus, daß seine Partei für alle Anträge eintreten wird, die eine Erleichterung der steuerlichen Lasten zur Folge haben können. Die bisherigen Verhandlungen haben erwiesen, daß die Gewerbesteuer nicht haltbar ist. Jede Entlastung der Reuisten auf der einen Seite bedeutete bisher immer eine Belastung auf der anderen Seite. Die Zuschläge für die Pacht usw. bedeuten eine so außerordentliche feuertechnische Unmöglichkeit, daß man immer mehr der Ansicht zuneigt: diese Zuschläge müssen abgesetzt werden.

Die demokratische Fraktion vertritt, wie deren Mitglied, Abg. Oermelster nicht, als maßgebend die Möglichkeit, die kleinen Existenzen etwa bei Einkommen bis zu 3600 Mark im Jahr bei der Veranlagung zur Gewerbesteuer so zu behandeln, daß ihre Gewerbesteuerleistung in Zukunft in niedrigerem Verhältnis zur Einkommensteuer steht. Den Gemeinden muß in gewissem Umfange freie Hand bei der Heranziehung zur Gewerbesteuer gelassen werden, denn es ist nicht beabsichtigt, sie zu knebeln. Die Gewerbesteuer soll aber auf alle Fälle unter der Einkommensteuer liegen, besonders aber bei den Kleinsten und Kleinen Betrieben. Die Demokraten glauben, daß für den Mittelstand Praktikumsätze bei den langen und anstrengenden Verhandlungen (dem Ausschuss liegen bis jetzt 26 Anträge vor) herauszuholen zu können, müssen aber auch darauf hinweisen, daß die demokratischen Anträge auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben.

Die sozialdemokratische Fraktion ist bemüht, wie der Abg. Lademann mitteilt, dahin zu wirken, daß der alte grundsätzliche Charakter der Gewerbesteuer nicht verwischt wird. Es ist jetzt die Frage, einen Modus zu finden, der erlaubt, gewisse Erleichterungen, besonders für kleine Gewerbetreibende, herbeizuführen. Gelting dies, so sind die Sozialdemokraten bereit, solche Anträge zu unterstützen.

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Eine Rede Briands.

Vor dem Kammerausschuss für Auswärtige Angelegenheiten hat Briand den namentlich von der Rechten der Kammer gewünschten Ausschluß über die deutsch-französischen Beziehungen gegeben. Über die Ausführungen des französischen Ministers des Auswärtigen wird von der

Appell Hindenburgs an die bürgerlichen Parteien

Ergebnislose Bemühungen

von Dr. Marx.

Wir warr im Reichstag.

Der geschäftsführende Reichstanzler Dr. Marx hat den ihm erteilten Auftrag zur Sondierung der Möglichkeiten der Bildung einer Reichsregierung der Mitte in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Aber diesen Schritt wird amtlich folgende Meldung ausgegeben:

Berlin, 20. Januar.

In Fortführung der auf die Bildung einer Regierung der Mitte gerichteten Bemühungen hatte heute morgen der Herr Reichstanzler eine erneute eingehende Aussprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, dem Abgeordneten Dr. Scholz. In den Mittagsstunden erhaltete der Herr Reichstanzler dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis seiner bisherigen Sondierungen. Angesichts der Widerstände, auf die er bei diesen Bemühungen um eine Regierung der Mitte gestoßen ist, legte der Herr Reichstanzler den ihm gewordenen Auftrag in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurück. Der Herr Reichspräsident hat sich seine weiteren Entschlüsse vorbehalten.

Über die Aussprache zwischen dem Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, und dem Reichstanzler Dr. Marx wird bekannt, daß Dr. Scholz hierbei auf einen Beschluß der Deutschen Volkspartei zu sprechen kam, in dem festgelegt wurde, daß die Frage nicht endgültig gelöst sei, ob die sachlichen Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der deutschnationalen Reichstagsfraktion auf innen- und außenpolitischem Gebiet gegeben seien. Dr. Scholz erläuterte bei seinem Besuch diesen Beschluß der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei dahin, daß die Volkspartei den Versuch einer Kabinettsbildung der Mitte für aussichtslos halte und Dr. Marx daher ersuchte, mit den Deutschnationalen über eine Bildung einer Reichsreaktion zu verhandeln.

Auch die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hat es in einer Entschließung abgelehnt, sich einem Kabinett der Mitte gegenüber zu binden, das in sozialpolitischer Beziehung zu weitgehende Verpflichtungen eingehen würde. Dieser Beschluß richtet sich wohl gegen die Bemühungen, einem Kabinett der Mitte zum parlamentarischen Sieg durch die Unterstützung der Sozialdemokraten zu verhelfen.

In Reichstagskreisen besteht jedenfalls augenblicklich ein völliger Wirrwarr und unter den Abgeordneten gewinnt die Überzeugung immer mehr an Boden, daß der Reichstag aufgelöst werden müsse, um durch Neuwahl zu versuchen, eine klare Mehrheit für eine stabile Regierung zu erreichen.

Dr. Marx erneut beauftragt.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 20. Januar. Der Reichspräsident hat soeben den geschäftsführenden Reichstanzler Dr. Marx erneut beauftragt, die Bemühungen um die Bildung einer Regierung fortzusetzen.

Der Aufruf an Marx

Kabinett der bürgerlichen Mehrheit.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 20. Januar. Reichspräsident von Hindenburg hat heute nachmittag das nachstehende Schreiben an den geschäftsführenden Reichstanzler Dr. Marx gerichtet: Sehr geehrter Herr Reichstanzler! Die außen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regie-

Das nachfolgende eine längere offiziöse Mitteilung verbreitet. Danach legte Briand vor allem Wert auf die Feststellung, daß vollständige Einigkeit der Regierung in allen Fragen der Außenpolitik bestehe, ob es sich nun um Deutschland, Italien, Spanien oder China handle. Außenminister Briand erinnerte alsdann an die Bedingungen, unter denen die Regierung die Annäherungspolitik mit Deutschland durch den Abschluß der Abkommen von Locarno eingeleitet habe. Zwischenfälle wie die, die sich in der besetzten Zone ereignen hätten, so bedauerlich sie seien, dürfen Frankreich nicht hindern, sein hervorragendes Friedenswerk fortzusetzen. Die Regierung wolle die Richtung ihrer auswärtigen Politik nicht unterbrechen und werde entschlossen daran festhalten mit der sehr tiefen Hoffnung, daß ihr ein entsprechender Wille Deutschlands ihre Aufgabe erleichtern werde. Deutschland besitze auf Grund des Vertrages

zung wird mit Erfolg nur dann arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstage stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einfluß der Linken ist zur Zeit wenigstens nicht möglich. Der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert. Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichstanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen des Reichstages mit tatsächlicher Beschleunigung zu übernehmen. Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Parteien im Reichstage, persönlich Bedenken und Verschiedenheiten der Auffassungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Regierung zusammenzuschließen und sich hinter einer Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Auffassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten, die berechtigten Interessen der weiten Arbeitermassen zu wahren und in dem Bestreben, dem gesamten deutschen Volke in allen seinen Schichten zu dienen, die vor uns stehenden wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen. Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung bin ich Ihr ergebener von Hindenburg.

Noch keine Entschließung des Zentrums

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 20. Januar. Über die heutigen Besprechungen der Zentrumsfraktion des Reichstages wird folgende Mitteilung ausgegeben: Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Donnerstag Beschlüsse über die Regierungsbildung entgegengenommen. Sie erklärt in dem Scheitern der von ihr mit allem Ernst angestrebten Regierung der Mitte eine bedenkliche Verwicklung der politischen Lage. Damit ist ein Zustand geschaffen, der große staatspolitische Gefahren in sich schließt und länger nicht mehr verantwortet werden kann. Der erneute Ruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu beschleunigen, stellt die Fraktion vor eine überaus verantwortliche Aufgabe. Bei der Inangriffnahme dieser Aufgabe legt die Fraktion Wert darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Grundlinien unter Berücksichtigung der nun geschaffenen Lage klar herauszustellen. Zu diesem Zweck wird die Fraktion am Freitag wieder zusammentreten.

Die Demokraten gegen das Kabinett der bürgerlichen Mehrheit. — Bruch mit Gehler?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 20. Januar. Aus Kreisen der Fraktion der demokratischen Partei im Reichstage erfährt die Telegraphen-Agentur, daß man in diesen Kreisen die Auffassung vertritt, daß Dr. Marx die Möglichkeiten einer Regierungsbildung der Mitte nicht erschöpft habe. Er habe seine Bemühungen nach dieser Richtung vorzeitig abgebrochen. Man führt diesen Beschluß Dr. Marx auf die Entscheidung der Deutschen Volkspartei zurück, die das Kabinett der bürgerlichen Mehrheit gefordert habe. Dr. Marx habe nach diesem parteipolitischen Beschluß mit den anderen Parteien der Mitte über ein Regierungsprogramm oder über personelle Fragen nicht weiter verhandelt. Die vom Reichspräsidenten vorgeschlagene Regierung werde eine Rechtsregierung mit ausgeprägter Tendenz nach rechts sein trotz aller gegenteiligen Versicherungen. Die Demokraten hätten keinerlei Veranlassung, einer solchen Regierung beizutreten. Was die Haltung der bisherigen demokratischen Minister angeht, so verweist man in den oben genannten Kreisen, Dr. Reinhold werde bestimmt Parteibizität halten, während im Falle des Reichswehrministers Dr. Gehler die Partei energisch darauf drängen werde, daß Dr. Gehler auf keinen Fall als Vertrauensmann angehen werden dürfe und daß die politischen Beziehungen Dr. Gehlers zur Partei nicht aufrecht erhalten bleiben könnten, falls Dr. Gehler in die neue Regierung Marx eintrete.

das Recht, die Frage der vorzeitigen Kündigung zu stellen, wenn es seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Reparationen und der Sicherheit nachgekommen sei. An dem Tage, an dem Deutschland einen derartigen Antrag stellen werde, werde er vom Ministerrat geprüft werden. Dieser habe darüber zu entscheiden, ob die Garantien genügen, die sowohl hinsichtlich der Reparationen wie der Sicherheiten als Gegenleistung für die vorzeitige Aufgabe des Besatzungsrechts, das Frankreich aus dem Versailler Vertrag herleitete, angeboten würden. Es werde also die ganze Regierung mit dem Problem befaßt werden und eine Entscheidung zu treffen haben. Auf keinen Fall würden der Ministerrat und das Parlament vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. Zur Frage der Entwarnung, die einen der wesentlichen Faktoren des Sicherheitsproblems bilde, machte Briand einige genauere Angaben über die zwischen